

INHALT

- | | |
|--|--|
| 17. Tiroler COVID-19-Anpassungsgesetz | 20. Abgabenertragsanteile der Gemeinden
April 2020 |
| 18. Tiroler COVID-19-Anpassungsgesetz -
Information betreffend raumordnungs-
rechtliche Auswirkungen | 21. Abgabenertragsanteile der Gemeinden
Jänner bis April 2020 |
| 19. Information zur Totenbeschauverordnung | <i>Verbraucherpreisindex für
Februar 2020 (endgültiges Ergebnis)</i> |

17.

Tiroler COVID-19-Anpassungsgesetz

Der Tiroler Landtag hat im Rahmen eines Sonderlandtages am 16.04.2020 das Tiroler COVID-19 Anpassungsgesetz, LGBL. Nr. 51/2020 beschlossen, welches mit **18.04.2020** in Kraft getreten ist. Mit diesem Gesetz wurden die erforderlichen Anpassungen der Tiroler Landesrechtsordnung aufgrund des Auftretens von COVID-19 vorgenommen.

Das Gesetz beinhaltet folgende wesentliche Regelungen:

A) Sitzungen der Gemeindeorgane:

Das Tiroler COVID-19-Anpassungsgesetz beinhaltet im Artikel 1 (Tiroler COVID-19-Gesetz) u.a. organisationsrechtliche Bestimmungen, die auch für die Kollegialorgane der Gemeinden gelten. Diese Bestimmungen treten mit 31.12.2020 außer Kraft.

Weiters ist im Artikel 3 eine Änderung des § 36 der Tiroler Gemeindeordnung 2001 („Öffentlichkeit“) vorgesehen, die nicht mit 31.12.2020 außer Kraft treten soll.

a. Beschlussfassung im Umlaufweg (Gemeinderat, Gemeindevorstand, Ausschüsse):

Das Covid-19-Gesetz (§ 14) sieht vor, dass während der bestehenden behördlichen Einschränkungen der Bewegungsfreiheit und der zwischenmenschlichen Kontakte landesgesetzlich eingerichtete Kollegialorgane

Beschlüsse im Umlaufweg auch dann fassen können, wenn dies materiengesetzlich nicht ausdrücklich vorgesehen ist.

Das bedeutet, dass ab dem Inkrafttreten des Gesetzes **Gemeinderatsbeschlüsse im Umlaufweg** zulässig sind.

Dies hat in der Weise zu geschehen, dass der Antrag vom Bürgermeister unter Setzung einer Frist für die Stimmabgabe unter Verwendung geeigneter technischer Kommunikationsmittel (z.B. per E-Mail) allen übrigen Mitgliedern des Gemeinderates zugeleitet wird. Diese haben ihre Stimme schriftlich mit Angabe des Datums der Entscheidung abzugeben und an den Bürgermeister innerhalb der von ihm gesetzten Frist zu übermitteln.

Erfolgt keine Stimmabgabe binnen offener Frist, so gilt dies als Ablehnung. Das Ergebnis der Beschlussfassung ist bei der nächsten Sitzung des Gemeinderates mitzuteilen und in die Niederschrift über diese Sitzung aufzunehmen. Für Umlaufbeschlüsse ist die einfache Mehrheit der Mitglieder erforderlich, soweit gesetzlich nicht die Mehrheit von zwei Dritteln vorgesehen ist.

Als **Datum der Beschlussfassung** gilt das Ende der vom Bürgermeister gesetzten Frist, bzw. sofern sämtliche Mitglieder bereits vorher ihre Stimme abgegeben haben, das Datum, an dem die letzte Stimme abgegeben wurde.

Diese Bestimmungen gelten auch für den **Gemeindevorstand und die Ausschüsse**. Bei diesen sind zwar bereits derzeit nach § 48 TGO Umlaufbeschlüsse zulässig, jedoch nur „in dringenden Fällen“.

b. Beschlussfassung durch Videokonferenz (Gemeinderat, Gemeindevorstand, Ausschüsse):

Weiters ist im § 15 des Tiroler COVID-19-Gesetzes vorgesehen, dass während der zur Verhinderung der Verbreitung von COVID-19 bestehenden behördlichen Einschränkungen der Bewegungsfreiheit und der zwischenmenschlichen Kontakte **Sitzungen des Gemeinderates, des Gemeindevorstandes und der Ausschüsse** unter Verwendung vorhandener technischer Einrichtungen zur Wort- und Bildübertragung in Form einer **Videokonferenz** durchgeführt und damit Beschlüsse gefasst werden können.

Dabei gelten die per Video zugeschalteten Mitglieder als anwesend und nehmen an der Abstimmung in der Weise teil, dass sie ihre Stimme nach persönlichem Aufruf durch den Vorsitzenden mündlich abgeben. Durch geeignete Maßnahmen ist sicherzustellen, dass den per Video zugeschalteten Mitgliedern die Tagesordnung und die für die Beratung und Beschlussfassung erforderlichen Unterlagen vollständig vorliegen.

Durch eine Niederschrift sind die Namen der (z.B. im Gemeindeamt) persönlich anwesenden und der per Video zugeschalteten Mitglieder entsprechend festzuhalten. Sonstige Personen, die der Sitzung beigezogen werden (z.B. der Amtsleiter), können per Video zugeschaltet werden.

Für eine Beschlussfassung per Videokonferenz ist die einfache Mehrheit der Mitglieder erforderlich, soweit gesetzlich nicht die Mehrheit von zwei Dritteln vorgesehen ist.

Die Einladung zu den Videokonferenzen erfolgt in sinngemäßer Anwendung der Bestimmungen der TGO (§§ 34 ff.).

c. Beschlussfassung in einer Sitzung:

§ 36 Abs. 3 TGO wurde mit dem Tiroler COVID-19-Anpassungsgesetz dahingehend geändert, dass die Öffentlichkeit mit Ausnahme der Beratung und Beschlussfassung über den Voranschlag und den Rechnungsabschluss der Gemeinde von einer Sitzung ausgeschlossen ist, wenn aufgrund von behördlichen Maßnahmen, die zur Verhinderung der Verbreitung einer der Anzeigepflicht nach dem Epidemiegesetz 1950 unter-

-liegenden Krankheit getroffen werden, die Bewegungsfreiheit und die zwischenmenschliche Kontakte eingeschränkt sind.

Mit diesem **gesetzlichen Ausschluss der Öffentlichkeit** für die Zeit der Geltung der verkehrsbeschränkenden Maßnahmen ist es seit dem **Inkrafttreten** dieser Bestimmung am **18.04.2020** möglich, auch **Sitzungen des Gemeinderates** durchzuführen. Die Einladung zur Sitzung erfolgt nach den Bestimmungen der TGO (§§ 34 ff).

In die Tagesordnung sollte folgender Hinweis aufgenommen werden:

„Aufgrund der zur Verhinderung der Verbreitung von Covid-19 bestehenden verkehrsbeschränkenden Maßnahmen findet die Sitzung unter Ausschluss der Öffentlichkeit statt.“

Ebenso zulässig sind Sitzungen des Gemeindevorstandes und der Ausschüsse.

Für sämtliche Sitzungen der Kollegialorgane der Gemeinden mit physischer Anwesenheit gilt die strenge Beachtung der Abstandsbestimmungen und Hygienevorschriften.

d. Beschlussfassung des Rechnungsabschlusses, Auflage zur Einsichtnahme, Öffentlichkeit:

Der Rechnungsabschluss kann im **Umlaufweg oder in Form einer Videokonferenz** nur dann beschlossen werden, wenn die **zweiwöchige Auflage** im Gemeindeamt zur allgemeinen Einsichtnahme erfolgt ist und diese **Frist vor dem Inkrafttreten der verkehrsbeschränkenden Maßnahmen abgelaufen** ist (§ 108 Abs. 5 iVm § 93 Abs. 1 TGO). Ist die zweiwöchige Auflage nicht vor dem genannten Zeitpunkt erfolgt, so hat nach Beendigung der verkehrsbeschränkenden Maßnahmen eine neuerliche Auflage zu erfolgen.

Nach § 10 Abs. 2 Tiroler COVID-19-Gesetz ist der Zeitraum, während dem eine Auflage aufgrund von **verkehrsbeschränkenden** Maßnahmen nicht zulässig ist, mit Verordnung der Landesregierung festzulegen.

Nach der von der Landesregierung beschlossenen Tiroler COVID-19-Auflegungsverordnung, LGBl. Nr. 53/2020, beginnt **dieser Zeitraum mit 15.03.2020** und endet mit dem Ablauf des **06.04.2020**, für Auflegungen in den Gemeinden im Paznauntal (Galtür, Ischgl, Kappl, See),

St. Anton am Arlberg und Sölden jedoch jeweils mit dem Ende des durch die zuständige Bezirksverwaltungsbehörde verordneten generellen Verbots der Zu- und Abfahrt (Quarantäne).

Wichtiger Hinweis hinsichtlich der „Öffentlichkeit“:

Bei **Umlaufbeschlüssen und Videokonferenzen** finden die Bestimmungen über die Öffentlichkeit keine Anwendung, da der diesbezügliche Art. 117 Abs. 4 B-VG nur für „Sitzungen“ gilt.

Die Beschlussfassung des Rechnungsabschlusses im Rahmen einer **nichtöffentlichen Sitzung**, wie unter Punkt c angeführt, ist jedoch **nicht zulässig**, da der Rechnungsabschluss aufgrund des Art. 117 Abs. 3 B-VG nicht unter Ausschluss der Öffentlichkeit beschlossen werden darf.

Geltung auch für Gemeindeverbände:

Die vorstehenden Ausführungen gelten sinngemäß auch für die **Organe der Gemeindeverbände**, wobei darauf hinzuweisen ist, dass nach § 13 des Bezirkskrankenhäuser-Gemeindeverbändegesetz § 36 TGO nicht anzuwenden ist.

B) Haushaltsrechtliche Regelungen gem. § 10 Tiroler COVID-19-Gesetz:

a. Rechnungsabschluss, Voranschlag

Können aufgrund der zur Verhinderung der Verbreitung von COVID-19 bestehenden behördlichen Einschränkungen der Bewegungsfreiheit und der zwischenmenschlichen Kontakte bestimmte Amtshandlungen in haushaltsrechtlichen Angelegenheiten, wie die Beschlussfassung über Rechnungsabschlüsse und Voranschläge sowie deren Vorlage an übergeordnete Stellen oder Aufsichtsbehörden, die Durchführung von Kassaprüfungen und dergleichen nicht zum gesetzlich vorgesehenen Termin erfolgen, so sind diese nach dem Wegfall der genannten Einschränkungen ehestmöglich, längstens aber binnen zwei Monaten nachzuholen.

Diese Bestimmung ist anzuwenden auf die Beschlussfassung über den Rechnungsabschluss für das Finanzjahr 2019 sowie ggf. auf die Beschlussfassung des Voranschlages für das Finanzjahr 2020. Sollte aufgrund bestehender behördlichen Einschränkungen der Bewegungsfreiheit und der zwischenmenschlichen Kontakte die Beschlussfassung im Gemeinderat (Rechnungsabschluss bis 31. März) nicht möglich sein, so ist die Beschlussfassung nach dem Wegfall der genannten Einschränkungen ehestmöglich, längstens aber binnen

zwei Monaten (allenfalls nach vorheriger Auflage im Gemeindeamt zur allgemeinen Einsichtnahme; s. dazu Punkt 2 A d) nachzuholen.

b. Kassenprüfung durch den Überprüfungsausschuss

Die Bestimmung des § 10 Tiroler COVID-19-Gesetz ist auch auf die Kassenprüfung durch den Überprüfungsausschuss anzuwenden. Gem. § 110 Abs. 1 TGO hat der Überprüfungsausschuss mindestens in jedem dritten Monat und bei jedem Wechsel in der Person des Bürgermeisters, des (der) Bürgermeister-Stellvertreter(s) oder des Finanzverwalters eine Kassenprüfung vorzunehmen. Ist somit aufgrund behördlicher Einschränkungen der Bewegungsfreiheit und der zwischenmenschlichen Kontakte die quartalsweise Kassenprüfung durch den Überprüfungsausschuss nicht möglich, so ist diese nach dem Wegfall der genannten Einschränkungen ehestmöglich, längstens aber binnen zwei Monaten nachzuholen.

C) Kundmachungen an der Amtstafel bzw. durch Auflegung zur öffentlichen Einsichtnahme gem. § 9 Tiroler COVID-19-Gesetz:

Werden Rechtsakte, insbesondere Verordnungen oder Teile davon, aufgrund landesgesetzlicher Anordnung an der Amtstafel der Behörde oder durch Auflegung zur öffentlichen bzw. allgemeinen Einsichtnahme bei der Behörde oder in beiderlei Weise kombiniert kundgemacht, **so wird die Rechtswirksamkeit der Kundmachung** durch behördliche Einschränkungen der Bewegungsfreiheit und der zwischenmenschlichen Kontakte zur Verhinderung der Ausbreitung von COVID-19 **nicht berührt**.

Wurde ein Rechtsakt, insbesondere eine Verordnung oder ein Teil davon, kundgemacht, so ist während der Dauer behördlicher Einschränkungen der Bewegungsfreiheit und der zwischenmenschlichen Kontakte zur Verhinderung der Ausbreitung von COVID-19 jedermann auf Verlangen eine Kopie unter Verwendung geeigneter technischer Kommunikationsmittel, insbesondere per E-Mail, oder im Postweg zu übermitteln. Ist dies insbesondere aufgrund des Formates oder Umfangs des betreffenden Rechtsaktes nicht oder nicht ohne unververtretbaren Aufwand möglich, so sind so weit wie möglich relevante Auszüge desselben in Kopie zu übermitteln. Dies gilt nicht, wenn der betreffende Rechtsakt zusätzlich zur Kundmachung nach auf der Internetseite oder in einem Publikationsorgan der Behörde bekanntgemacht worden ist.

D) Dienstrecht:

a) Einseitige Anordnung von Verbrauch des Erholungsurlaubes:

Mit Artikel 8, 10, 11 und 12 des Tiroler COVID-19-Anpassungsgesetz wurde eine Bestimmung über die einseitige Anordnung zum Verbrauch von Erholungsurlaub aus Vorperioden für Bedienstete der Gemeinden und Gemeindeverbänden verankert. Die Umsetzung erfolgte in § 34d Abs. 2 Gemeindebeamtenengesetz 1970 - GBG, in § 76 Abs. 2 Gemeinde-Vertragsbedienstetengesetz 2012 - G-VBG 2012, in § 30d Abs. 2 Innsbrucker Gemeindebeamtenengesetz 1970 - I-GBG und in § 57 Abs. 2 Innsbrucker Vertragsbedienstetengesetz - I-VBG. Nunmehr kann zur Verfolgung öffentlicher Interessen - abweichend von der Notwendigkeit einer Vereinbarung über den Verbrauch des Erholungsurlaubes - **nicht verfallener Erholungsurlaub aus vorangegangenen Kalenderjahren im Umfang von maximal zwei Wochen durch kalendermäßige Festsetzung zum Verbrauch angeordnet** werden. Voraussetzung ist jedoch, dass der Beamte bzw. Vertragsbedienstete dienstfähig ist und der Dienstbetrieb für einen mindestens sechs Werktage andauernden Zeitraum erheblich eingeschränkt ist. Für Bedienstete, denen in einem Kalenderjahr aufgrund von angeordneten Urlaubssperren oder aus anderen gerechtfertigten Gründen der Verbrauch des Erholungsurlaubes nicht möglich war, ist diese dienstgeberseitige Anordnungsmöglichkeit unzulässig.

b) Hinweis auf den Abbau von Zeitausgleichsstunden - Empfehlung Gewerkschaftsbewegung

Mit Schreiben der Abteilung Gemeinden, Zl. Gem-A-31/122-2020, vom 15.3.2020 und mit Ergänzungsschreiben, Zl. Gem-A-31/122-2020, vom 19.03.2020 wurde bereits ausführlich informiert, dass der Dienstgeber (einseitig) gemäß § 29 Abs. 2 und 4 G-VBG 2012 anordnen kann, dass der Ausgleich von **Überstunden bzw. Mehrleistungsstunden** durch Freizeitausgleich zu erfolgen hat.

Davon zu unterscheiden sind Stunden, die vom Dienstnehmer im Rahmen einer gleitenden Dienstzeit nach § 22 Abs. 3 G-VBG 2012 aufgebaut wurden. § 29 Abs. 7 G-VBG 2012 nimmt diese Zeiten explizit vom Überstundenbegriff des § 29 aus. Für den Abbau von Zeitausgleich ist stets das Einvernehmen zwischen Dienstgeber und Dienstnehmer herzustellen.

In diesem Zusammenhang wird auf die in Abstimmung mit den weiteren Sozialpartnern erfolgte Empfehlung der Gewerkschaftsbewegung Yunion Tirol vom **03.04.2020** hingewiesen, wonach der Zeitausgleich und der Alturlaub aus Vorperioden während dieser **außergewöhnlichen Umstände** möglichst abgebaut werden sollte.

c) Hemmung von Fristen im Bereich des Dienstrechts:

Im Artikel 1 des Tiroler COVID-19-Anpassungsgesetz (Tiroler COVID-19-Gesetz) wurden Bestimmungen hinsichtlich des Fristenlaufs getroffen die auch Auswirkungen auf das Dienstrecht haben.

Grundsätzlich gilt, dass der Lauf der in Rede stehenden Fristen **dann gehemmt ist, wenn entweder das fristauslösende Ereignis (zB Beginn des Probemonats) in den durch Verordnung der Landesregierung nach § 6 des Tiroler COVID-19-Gesetz bestimmten Zeitraum fällt oder die Frist zu Beginn dieses Zeitraumes noch nicht abgelaufen** ist und die Frist weder nach § 3 Tiroler COVID-19-Gesetz unterbrochen wird (im Bereich des Dienstrechts nicht relevant) noch nach § 4 Tiroler COVID-19-Gesetz weiterläuft (zB Meldung von Überstunden nach § 29 Abs. 1 lit d G-VBG 2012).

Die Fristenhemmung ist als **Fortlaufhemmung** zu verstehen, das heißt, dass nach Wegfall des Hemmungsgrundes der bei dessen Eintritt noch nicht abgelaufene Teil der Frist ablaufen muss.

In § 4 des Tiroler COVID-19-Gesetzes, der ein Weiterlaufen von Fristen anordnet, sind taxativ jene Fristen aufgezählt, die längere Zeiträume betreffen und somit weder eine Hemmung noch eine Unterbrechung erfordern. **Diese Fristen laufen ungeachtet der gegenwärtigen Beschränkungen weiter.**

Dazu zählen im Bereich des Dienstrechts insbesondere Fristen betreffend

- * Meldung von Überstunden,
- * Inanspruchnahme eines Frühkarenzurlaubes für Väter,
- * Abgabe der Erklärung über die Versetzung in den Ruhestand und deren Widerruf,
- * Meldepflichten nach dem Tiroler Mutterschutzgesetz 2005 und dem Tiroler Eltern-Karenzurlaubsgesetz 2005.

d) Begründung und Beendigung von Dienstverhältnissen

Durch Änderung des Art. 117 Abs. 3 B-VG im Rahmen des

4. COVID-19-Gesetzes, BGBl. I Nr. 24/2020, wurde die rechtliche Grundlage für die Handlungsfähigkeit des Gemeinderates und des Gemeindevorstandes im Zeitraum bestehender Verkehrsbeschränkungen geschaffen.

Ergänzt wurden diese durch das Tiroler COVID-19-Anpassungsgesetz mit der Ermöglichung von Umlaufbeschlüssen und Gemeinderatssitzungen mittels Videokonferenz.

Dadurch sind auch Beschlüsse des Gemeinderates im Zusammenhang mit dienstrechtlichen Themen - vor allem die Begründung und die Beendigung von Dienstverhältnissen, welche eine Dauer von sechs Monaten übersteigen - möglich. Hinsichtlich der genauen Vorgangsweise siehe näher unter Pkt. A.

e) Funktionsdauer von Organen der Personalvertretung

Sofern die Funktionsdauer von auf Zeit bestellten Organen oder Mitgliedern von Kollegialorganen, die landesgesetzlich vorgesehen sind, nach dem 14. März 2020 und vor dem Ablauf des 31. Dezember 2020 endet, so verlängert sich diese davon abweichend bis zum 31. Dezember 2020 (§ 12 Abs. 1 Tiroler COVID-19-Gesetz). Die nächste Funktionsperiode beginnt mit 1. Jänner 2021. Das scheint im Hinblick darauf sachlich gerechtfertigt, um von vornherein Probleme zu vermeiden, die mit einer - aufgrund der Bewältigung der COVID-19-Pandemie - nicht rechtzeitigen Neubestellung bzw. im Hinblick auf notwendige Amtsübergaben verbunden wären.

f) Dienstfreistellung von Dienstnehmern, die einer COVID-19-Risikogruppe zugeordnet sind:

Mit dem 3.-COVID-19-Gesetz (BGBl. I Nr. 23/2020) wurden im Art. 46 auch das Beamten-Kranken- und Unfallversicherungsgesetz (B-KUVG) geändert. Der Versicherungspflicht nach dem B-KUVG unterliegen nach § 1 Abs. 1 Z 17b B-KUVG Bedienstete der Länder, Gemeindeverbände und Gemeinden, deren Dienstverhältnis auf einer dem Vertragsbedienstetengesetz 1948 gleichartigen landesgesetzlichen Regelung beruht. Dies ist im gegenständlichen Fall das Gemeinde-Vertragsbedienstetengesetz 2012.

Die Versicherungsanstalt hat nach § 258 Abs. 1 B-KUVGneu einen Dienstnehmer oder Lehrling über seine Zuordnung zur COVID-19-Risikogruppe zu informieren. Der den Betroffenen behandelnde Arzt hat infolge dieser

allgemeinen Information der Versicherungsanstalt dessen individuelle Risikosituation zu beurteilen und gegebenenfalls nach Abs. 2 leg. cit. ein Attest über die Zuordnung des Betroffenen zur COVID-19-Risikogruppe auszustellen (COVID-19-Risiko-Attest). Dienstnehmer die der COVID-19-Risikogruppe zugeordnet sind und über ein COVID-19-Risiko-Attest verfügen, haben aufgrund des neuen § 258 Abs. 3 B-KUVGneu Anspruch auf Freistellung von der Arbeitsleistung und Fortzahlung des Entgelts, außer

1. der Betroffene kann seine Arbeitsleistung in der Wohnung erbringen (Homeoffice) oder
2. die Bedingungen für die Erbringung seiner Arbeitsleistung in der Arbeitsstätte können durch geeignete Maßnahmen so gestaltet werden, dass eine Ansteckung mit COVID-19 mit größtmöglicher Sicherheit ausgeschlossen ist; dabei sind auch Maßnahmen für den Arbeitsweg mit einzubeziehen.

Die Freistellung kann bis längstens 30. April 2020 dauern. Dauert die COVID-19 Krisensituation über den 30. April 2020 hinaus an, so hat die Bundesministerin für Arbeit, Familie und Jugend im Einvernehmen mit dem Bundesminister für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz durch Verordnung den Zeitraum, in dem eine Freistellung möglich ist, zu verlängern, längstens jedoch bis zum 31. Dezember 2020.

Der Anspruch nach § 258 Abs. 3 B-KUVGneu gilt nicht für Bedienstete, die in Bereichen der kritischen Infrastruktur beschäftigt sind. In der Begründung zur gegenständlichen Novelle wurde hierzu festgehalten, dass folgende Bereiche jedenfalls zur kritischen Infrastruktur zählen: Die Versorgung mit Lebensmitteln, Verkehrs-, Telekommunikations-, Post-, Energie- und Finanzdienstleistungen wie auch eine gesicherte Versorgung mit Sozial-, Gesundheits- und Pflegedienstleistungen, sowie die staatliche Hoheitsverwaltung. Für die hier Beschäftigten muss das Infektionsrisiko durch geeignete vom Dienstgeber zu veranlassende Schutzmaßnahmen so weit wie nur möglich gesenkt werden, sodass ein allenfalls verbleibendes Restrisiko so gering ist, dass es sachlich gerechtfertigt ist, dass diesen Beschäftigten im Vergleich zu anderen Bereichen im Ergebnis kein Freistellungsanspruch zukommt.

Für Gemeindebeamte wird empfohlen, eine der Bundesregelung vergleichbare Vorgehensweise zu wählen.

Sowohl nach § 735 Abs. 5 ASVGneu (Artikel 45 des 3.-COVID-19-Gesetz) als auch nach § 258 Abs. 5 BKUVGneu (Artikel 46 des 3.-COVID-19-Gesetz) haben in diesem Zusammenhang Gemeinden und Gemeindeverbände als Dienstgeber hinsichtlich der Gemeindevertragsbediensteten Anspruch auf Erstattung des an den Dienstnehmer bzw. Lehrling geleisteten Entgelts sowie der Dienstgeberanteile am Sozialversicherungsbeitrag, Arbeitslosenversicherungsbeitrag und sonstigen Beiträge durch die Versicherungsanstalt. Der Antrag auf Ersatz ist spätestens sechs Wochen nach dem Ende der Freistellung bei der Versicherungsanstalt einzubringen.

E) Landes-Polizeigesetz, Veranstaltungsgesetz:

Das Landes-Polizeigesetz wurde insofern geändert, als von der Verpflichtung zur Vorlage des Sachkundenachweises für Erst-Hundehalter mangels derzeitigem flächen-deckendem Kursangebot bis 30.09.2020 abgesehen wird. Über eine allenfalls notwendige Verlängerung dieses Zeit-

raumes entscheidet die Landesregierung mit Verordnung.

Hinweis: Zum Sachkundenachweis werden derzeit einzelne Online-Kurse beim WIFI der Wirtschaftskammer Tirol angeboten; Informationen dazu kann Frau Sabine Schwarz beim WIFI Tirol erteilen.

Für den Vollzug des Tiroler Veranstaltungsgesetzes 2003 ergeben sich durch das Tiroler COVID-19-Anpassungsgesetz keine Änderungen.

F) Verwaltungsabgaben:

Das Tiroler Verwaltungsabgabengesetz 2019 wurde insofern geändert, als Berechtigungen und Amtshandlungen, die mittelbar oder unmittelbar aufgrund der erforderlichen Maßnahmen im Zusammenhang mit der Bewältigung der COVID-19-Krisensituation erteilt bzw. vorgenommen werden, von den Verwaltungsabgaben befreit sind. Diese zeitlich befristete Befreiung gilt bis 31.12.2020.

18.

Tiroler COVID-19-Anpassungsgesetz - Information betreffend raumordnungsrechtliche Auswirkungen

Kernstück des Tiroler COVID-19-Anpassungsgesetzes ist das Tiroler COVID-19-Gesetz (Artikel 1), das befristet bis zum Ablauf des 31. Dezember 2020 für die gesamte Landesrechtsordnung gilt, und das alle landesgesetzlichen Regelungen enthält, die erforderlich sind, um angemessen auf die „Corona-Krise“ reagieren zu können.

Das Tiroler COVID-19-Gesetz ist gemäß § 18 Abs. 1 am 18.4.2020 in Kraft getreten. Der 1. Abschnitt betreffend die verfahrensrechtlichen Bestimmungen sowie die §§ 8, 9, 10, 11, 12, 13 und 16 (im Wesentlichen betreffend Auflegungsverfahren, Kundmachungen, Aufschiebungen bestimmter Amtshandlungen, verschiedene organisationsrechtliche Bestimmungen sowie Sonderbestimmungen für das Einleitungsverfahren bei bestimmten direkt-demokratischen Instrumenten) sind rückwirkend mit dem 15.3.2020 in Kraft getreten (das ist jener Tag, an dem die landesweiten behördlichen Beschränkungen der Bewegungsfreiheit und der zwischenmenschlichen Beziehungen erstmalig wirksam wurden).

Die zusätzlich zum Tiroler COVID-19-Gesetz erforderlichen materienspezifischen Sonderregelungen finden sich in den Art. 2 ff des Tiroler COVID-19-Anpassungsgesetzes, welche die entsprechenden Gesetzesnovellierungen enthalten.

Das Tiroler COVID-19-Gesetz sieht weiters die Erlassung zweier Durchführungsverordnungen vor, und zwar jene nach § 6 betreffend den zeitlichen Geltungsbereich der Bestimmungen über den Fristenlauf und jene nach den §§ 8 und 10 Abs. 2 betreffend Beschränkungen für die Auflegung von Verordnungsentwürfen und haushaltsrechtlichen Entwürfen.

Konkret handelt es sich dabei um

die Verordnung der Landesregierung über den zeitlichen Geltungsbereich der Regelungen über den Fristenlauf nach dem Tiroler COVID-19-Gesetz (Tiroler COVID-19-Fristenverordnung)

sowie

die Verordnung der Landesregierung über den Zeitraum der Geltung der nach dem Tiroler COVID-19-Gesetz festgelegten Beschränkungen für das Auflegungsverfahren (Tiroler COVID-19-Auflegungsverordnung).

Beide Verordnungen wurden von der Landesregierung am 21.4.2020 beschlossen und am selben Tag als LGBl. Nr. 52/2020 (Tiroler COVID-19-Verordnung) bzw. LGBl. Nr. 53/2020 (Tiroler COVID-19-Auflegungsverordnung) kundgemacht. Beide Verordnungen sind ebenfalls rückwirkend mit 15.3.2020 in Kraft getreten.

Im Folgenden soll auf jene Bestimmungen näher eingegangen werden, die die Raumordnung betreffen:

1) Tiroler COVID-19-Gesetz (Art. 1):

a) Hemmung des Fristenlaufs:

Gemäß § 2 wird der Lauf von Fristen, die aufgrund von Landesgesetzen oder in deren Durchführung erlassener Verordnungen vorgesehen sind oder die auf deren Grundlage behördlich bestimmt werden, für die Dauer des durch die **Tiroler COVID-19-Fristenverordnung** bestimmten Zeitraumes gehemmt. Gemäß § 1 dieser Verordnung ist das der Zeitraum vom 15.3.2020 bis zum 31.5.2020.

Diese Regelungen sind auf das Raumordnungsverfahren nicht anzuwenden, da dafür spezielle Regelungen im 2. Abschnitt des Gesetzes enthalten sind. Für das aufsichtsbehördliche Verfahren gilt darüber hinaus das COVID-19-VwBG, BGBl. I Nr. 16/2020 in der Fassung des Gesetzes BGBl. I Nr. 20/2020 und hier vor allem die §§ 1 (Unterbrechung von Fristen) und 2 (Sonderregelungen für Entscheidungsfristen).

b) Anhörungs- und Auflageverfahren, Kundmachungen:

Anhörungsverfahren:

§ 7 stellt zunächst klar, dass Stellungnahmen von Anhörungsberechtigten in Verordnungserlassungsverfahren auf jede technisch mögliche Art und Weise, insbesondere per E-Mail abgegeben werden können, dies gilt auch in den im TROG 2016 geregelten Fällen.

Auflegungsverfahren:

Anders als im Fall bloßer Anhörungsrechte werden landesgesetzlich vorgesehene Auflegungsverfahren gemäß § 8 Abs. 1 gestoppt, wenn der Beginn der Auflegung in den Zeitraum der krisenbedingt bestehenden

Verkehrsbeschränkungen fiel. Gleiches gilt auch für Verfahren, die zwar vor dem Zeitraum begannen aber zum Stichtag 15.3.2020 noch liefen (siehe Informationsschreiben vom 19.3.2020).

Die betreffenden Auflegungsverfahren sind nach dem Enden dieses Zeitraumes zu wiederholen. Begründet ist dies im Zweck des Auflegungsverfahrens, der darin besteht, dass die zur Stellungnahme berechtigten Personen während der Dauer der Auflage in die entsprechenden Unterlagen Einsicht nehmen können. Diese Möglichkeit ist nach der ständigen Rechtsprechung des Verfassungsgerichtshofes eine wesentliche Voraussetzung für das gesetzmäßige Zustandekommen der jeweiligen Verordnung.

Aus Gründen der Rechtssicherheit bestimmt die Landesregierung gemäß Abs. 2 dieser Bestimmung die in Frage kommenden Zeiträume durch Verordnung. Gemäß § 1 der **Tiroler COVID-19-Auflegungsverordnung** begann der Zeitraum, in dem eine Einsicht in Verordnungsentwürfe nicht möglich war, am 15.3.2020 und endete für alle Gemeinden Tirols, für die nicht von der jeweiligen Bezirkshauptmannschaft verordnete generelle Verbote der Zu- und Abfahrt (Quarantäne) weiterbestehen, am 6.4.2020. Für die noch von Quarantänemaßnahmen betroffenen Gemeinden des Paznauntals, St. Anton am Arlberg und Sölden endet der Zeitraum mit der Aufhebung der Quarantäneverordnungen am 22.4.2020.

Durch § 8 Abs. 3 wird im Interesse der Verwaltungsökonomie sichergestellt, dass im ursprünglichen Auflegungsverfahren abgegebene Stellungnahmen im neuerlichen Verfahren nicht nochmals abgegeben werden müssen. Weiters ermöglicht § 8 Abs. 4 im Krisenzeitraum die Einsichtnahme jedenfalls auch durch bevollmächtigte Vertreter.

Da die Bestimmungen des § 8 auf alle Planinstrumente der örtlichen Raumordnung, also örtliches Raumordnungskonzept, Flächenwidmungsplan und Bebauungspläne vollinhaltlich anzuwenden sind, können Auflageverfahren wieder durchgeführt werden, wobei zum einen auf die erforderlichen Sicherheitsmaßnahmen (vgl. Schreiben von Herrn LR Mag. Johannes Tratter vom 10.4.2020) hingewiesen wird, zum anderen wird

empfohlen, in der Kundmachung der neuerlichen Auflage auf die entsprechenden Bestimmungen des Tiroler COVID-19-Gesetzes Bezug zu nehmen.

Folgende Formulierung wird vorgeschlagen:

„Da die ursprüngliche Auflage des Entwurfes in den durch die Tiroler COVID-19-Auflegungsverordnung, LGBl. Nr. 53/2020, festgelegten Zeitraum fiel, muss die Auflage gemäß § 8 Abs. 1 Tiroler COVID-19-Gesetz wiederholt werden. Im ursprünglichen Auflegungsverfahren abgegebene Stellungnahmen bleiben gültig und sind im neuerlichen Verfahren zu berücksichtigen.“

Kundmachungen:

Auch wenn durch die aufgrund der Ausbreitung von COVID-19 verordneten Einschränkungen der Bewegungsfreiheit und der zwischenmenschlichen Kontakte die Zugänglichkeit von Rechtsakten, die an der Amtstafel von Behörden bzw. durch Auflegung zur öffentlichen Einsichtnahme kundgemacht werden, nicht grundsätzlich in Frage steht, erfolgt aus Gründen der Zweckmäßigkeit im § 9 eine Klarstellung dahingehend, dass trotz der damit ggf. verbundenen Erschwernisse die Wirksamkeit von Kundmachungen nicht berührt wird.

Rechtsakte, deren Kundmachung aufgrund der betreffenden gesetzlichen Vorschriften an Amtstafeln bzw. durch Auflegung zur Einsichtnahme erfolgt, sind nämlich ungeachtet dessen weiterhin derart ausreichend zugänglich, dass sich die Rechtsunterworfenen tatsächlich Kenntnis von ihrem Inhalt verschaffen können. Dies betrifft sämtliche in den Beschränkungszeitraum fallende Kundmachungen, wobei diesbezüglich auf die Ausführungen in der seinerzeitigen Information vom 19.3.2020 verwiesen wird.

Die im § 9 Abs. 2 enthaltenen Sonderregelungen zur Zugänglichmachung von Unterlagen sind für den Bereich der Raumordnung nicht anzuwenden, da die betreffenden Rechtsakte ohnehin zusätzlich im Internet oder in einem behördlichen Publikationsorgan bekannt zu machen sind (§ 66 Abs. 4 TROG 2016 betreffend die Fortschreibung der örtlichen Raumordnungskonzepte sowie die Erlassung und Änderung der Bebauungspläne).

Gleiches gilt für die elektronische Kundmachung der Flächenwidmungspläne gemäß § 70 TROG 2016.

c) Gemeinderatsbeschlüsse im Umlaufweg:

Gemäß § 14 können während der bestehenden behördlichen Einschränkungen der Bewegungsfreiheit und der zwischenmenschlichen Kontakte landesgesetzlich eingerichtete Kollegialorgane Beschlüsse im Umlaufweg auch dann fassen, wenn dies materiengesetzlich nicht ausdrücklich vorgesehen ist. Diese Regelung betrifft auch Gemeinderatsbeschlüsse, die seit 18.4.2020 im Umlaufweg zulässig sind. Zur genauen Durchführung wird auf das Schreiben der Abteilung Gemeinden vom 16.4.2020, Zl. Gem-A-31/279-2020 verwiesen.

In diesem Zusammenhang wird im Einvernehmen mit der Abteilung Gemeinden darauf hingewiesen, dass als Datum der Beschlussfassung das Ende der vom Bürgermeister gesetzten Frist, bzw. sofern sämtliche Mitglieder bereits vorher ihre Stimme abgegeben haben, das Datum, an dem die letzte Stimme abgegeben wurde, gilt. Dieses Datum ist sowohl auf den jeweiligen Planunterlagen als auch im eFWP zu dokumentieren.

2) Änderungen des Tiroler Raumordnungsgesetzes 2016 (Art. 39 und 40):

a) Ausnahmen von Raumordnungsprogrammen (§ 11 Abs.5):

Die einer Gemeinde mit Bescheid der Landesregierung nach § 11 Abs. 1 erteilte Ermächtigung, ungeachtet des Vorliegens bestimmter Raumordnungsprogramme einzelne davon betroffene Grundflächen als Sonderfläche oder Vorbehaltsfläche zu widmen, erlischt nach Abs. 4 dieser Gesetzesbestimmung, wenn die Gemeinde nicht innerhalb von sechs Monaten nach dem Eintritt der Rechtskraft des Ermächtigungsbescheides eine entsprechende Widmung als Sonderfläche bzw. Vorbehaltsfläche beschließt und der Landesregierung zur aufsichtsbehördlichen Genehmigung vorlegt.

Diese sechsmonatige Frist kann von der Gemeinde nicht eingehalten werden, wenn der Entwurf einer entsprechenden Änderung des Flächenwidmungsplanes nicht wie gesetzlich vorgesehen zur allgemeinen Einsicht aufgelegt werden kann, weil § 8 des Tiroler COVID-19-Gesetzes der Durchführung des Auflegungsverfahrens entgegensteht. Es wird daher diese Frist für den durch die Tiroler COVID-19-Auflegungsverordnung bestimmten relevanten Krisenzeitraum vom 15.3. bis zum 6.4.2020 gehemmt.

b) Fortschreibung von örtlichen Raumordnungskonzepten (§ 31c Abs. 5):

Die Gemeinden können ihrer Verpflichtung zur Fortschreibung der örtlichen Raumordnungskonzepte solange nicht nachkommen, als das Auflegungsverfahren nicht durchgeführt werden kann. Im Hinblick auf die sonst drohenden Rechtsnachteile (insbesondere ein weitgehendes Verbot neuer Baulandwidmungen) wird diese Verpflichtung daher, soweit sie innerhalb des Krisenzeitraumes oder auch innerhalb eines daran anschließenden halbjährigen Folgezeitraums schlagend würde, aufgeschoben. Im Hinblick auf die regelmäßig erforderliche Verfahrensdauer erfolgt ein Aufschub um sechs Monate. Diese Regelung gilt für alle örtlichen Raumordnungskonzepte, bei denen die Fortschreibung zwischen dem 15.3.2020 und dem 6.10.2020 bzw. für die Gemeinden des Paznauntals, St. Anton am Arlberg und Sölden bis zum 22.10.2020 vom Gemeinderat zu beschließen ist.

c) Befristung der Sonderregelungen (§ 122 Abs. 3):

Im Hinblick auf die zu a) und b) geschilderten zeitlichen Zusammenhänge wird die Geltung der Sonderbestimmungen bis Mitte 2021 zeitlich befristet.

d) Befristete Baulandwidmungen (Änderung der Novellen LGBl. Nr. 110 und LGBl. Nr. 122/2019 zum Tiroler Raumordnungsgesetz 2016):

Die Implementierung der befristeten Widmung als Bauland, welche mit den Novellen LGBl. Nr. 110/2019 und LGBl. Nr. 122/2019 zum Tiroler Raumordnungsgesetz 2016 mit Wirkung vom 1.7.2020 eingeführt wurde, erfordert umfangreiche EDV-technische Vorkehrungen im elektro-

nischen Flächenwidmungsplan. Diese sind noch nicht gänzlich abgeschlossen und verzögern sich aufgrund des erheblichen Aufwandes, der derzeit erforderlich ist, um die IT-Infrastruktur des Landes in der aktuellen Krisensituation abzusichern, den weitestgehend dislozierten Amtsbetrieb EDV-technisch zu organisieren und den sich daraus ergebenden zusätzlichen Erfordernissen anzupassen. Die Landesregierung wird daher ermächtigt, durch Verordnung das Inkrafttreten der Bestimmungen des Tiroler Raumordnungsgesetzes 2016 über die befristete Widmung als Bauland erforderlichenfalls höchstens bis zum 1.10.2020 zu verschieben.

Zusätzlich wird klargestellt, dass die befristete Widmung von Bauland, die nur für Neuwidmungen gilt, auch dann nicht zum Tragen kommt, wenn das Verfahren zur Änderung des Flächenwidmungsplanes im Zeitpunkt des Inkrafttretens der bezüglichen gesetzlichen Regelungen schon anhängig ist; Voraussetzung ist allerdings, dass der Widmungsbeschluss binnen Jahresfrist gefasst wird.

Dem gleichzuhalten sind die Fälle, dass das aufsichtsbehördliche Genehmigungsverfahren über die Widmungsänderung noch anhängig ist oder nur die Kundmachung derselben noch nicht erfolgt ist.

Schließlich werden für die Stadt Innsbruck die Bestimmungen zur analogen Durchführung von befristeten Widmungen entsprechend ergänzt.

*Dr. Peter Hollmann
Abteilung Bau und Raumordnungsrecht*

19.

Information zur Totenbeschauverordnung

Mit LGBl. Nr. 26/2020 wurde die neue Totenbeschauverordnung kundgemacht. Mit dieser Verordnung, die mit 01.05.2020 in Kraft tritt, soll der Ablauf der Totenbeschau möglichst vereinheitlicht und zugleich eine Sicherstellung der Qualität gewährleistet werden.

Gemäß § 28 Abs. 1 Gemeindegesundheitsdienstgesetz, LGBl. Nr. 33/1952 zuletzt geändert durch LGBl. Nr. 138/2019 (im Folgenden kurz: GSDG), ist nach jedem Todesfall bei Vorliegen sicherer Todeszeichen zeitnahe, möglichst aber zwölf Stunden nach Kenntnis des Todesfalls, eine Totenbeschau durchzuführen. Darüber ist ein **Totenbeschaubefund** auszustellen.

Die nunmehr kundgemachte Totenbeschauverordnung hat gleichermaßen für Sprengelärzte/-ärztinnen in einem öffentlich-rechtlichen Dienstverhältnis wie für Vertragssprengelärzte/-ärztinnen sowie Totenbeschauärzte/-ärztinnen gemäß § 29 Abs. 2 GSDG Geltung.

Weiters gilt die Verordnung auch für die in öffentlichen Krankenanstalten durchgeführten Totenbeschauen, für deren Durchführung leitende Anstaltsärzte/-ärztinnen oder von ihnen ausdrücklich ermächtigte Ärzte/Ärztinnen herangezogen werden dürfen.

Mit der Totenbeschauverordnung wurde der bereits verwendete und seitens der Abteilung Gesundheitsrecht und Krankenanstalten im Jahr 2015 empfohlene **Totenbeschaubefund** aktualisiert und dessen Verwendung nun ausdrücklich verordnet. Der verordnete Totenbeschaubefund ist nunmehr verpflichtend zu verwenden. Um eine Erstellung bzw. Implementierung des Formulars in den unterschiedlichen EDV-Systemen zu ermöglichen, wurde ausdrücklich festgehalten, dass der Totenbeschaubefund zwar grundsätzlich in Form und Inhalt der Anlage zur Totenbeschauverordnung zu entsprechen hat, jedoch bei automationsunterstützter Erstellung des Dokuments das Formular den sich daraus ergebenden besonderen Erfordernissen angepasst werden kann.

Der Totenbeschaubefund ist von dem/der Totenbeschauer/-beschauerin zu unterfertigen, wobei bei

elektronischer Erstellung an Stelle dieser Unterschrift ein Verfahren zum Nachweis der Identität des Genehmigenden und der Authentizität der Erledigung treten kann. Der Totenbeschaubefund ist mindestens zehn Jahre aufzubewahren.

Des Weiteren wurde mit der Totenbeschauverordnung klargestellt, wer den Totenbeschaubefund erhalten muss. So wurde die Pflicht des/der Totenbeschauers/-beschauerin normiert, eine Kopie des Totenbeschaubefundes der Gemeinde des Sterbeortes zu übermitteln. (Eine gleichlautende Bestimmung enthält bereits § 3 Abs. 7 der für Sprengelärzte/-ärztinnen in einem öffentlich-rechtlichen Dienstverhältnis noch in Geltung stehenden Verordnung der Landesregierung über eine Dienstvorschrift für Sprengelärzte, LGBl. Nr. 8/1953.)

Weiters ist der Totenbeschaubefund über Anfrage in Kopie dem Bestattungsunternehmen, welches die Bestattung durchführt, ehestmöglich zu übermitteln, wobei die Kontaktierung des/der Totenbeschauers/-beschauerin Angelegenheit des Bestattungsunternehmens ist.

Hinweis: Die Ausstellung des Totenbeschaubefundes und dessen Übermittlung an das Bestattungsunternehmen bzw. die Gemeinde hat erst dann zu erfolgen, wenn dieser vollständig - inklusive der Ergebnisse einer allfälligen (sanitätspolizeilichen, gerichtlichen oder krankenanstaltenrechtlichen) Obduktion - vorliegt.

Der/die Totenbeschauer/-beschauerin hat die Leiche zur Feststellung des tatsächlich eingetretenen Todes sowie der Todesursache nach den Regeln der ärztlichen Wissenschaft genauestens zu untersuchen (vgl. hierzu auch § 3 Abs. 5 der Dienstvorschrift für Sprengelärzte). Die Totenbeschauverordnung stellt klar, dass in Übereinstimmung mit der allgemeinen Dokumentationspflicht für Ärzte/Ärztinnen, welche sich bereits aus dem ÄrzteG 1998 ergibt, auch die Totenbeschau zu dokumentieren und darüber ein Protokoll (**Totenbeschau-Protokoll**) anzufertigen ist, welches von dem/der Totenbeschauer/-beschauerin zu unterfertigen und zehn Jahre aufzubewahren ist.

In der Dokumentation sollten die wesentlichsten Aspekte einer Totenbeschau festgehalten werden, die zum einen

gesetzlich vorgegeben (vgl. u.a. § 28 Abs. 1 GSDG) und zum anderen unabdingbarer Bestandteil einer gewissenhaften Totenbeschau sind. Form und Inhalt der Dokumentation werden in der Verordnung nicht ausdrücklich geregelt, sondern ergeben sich diese aus dem Gemeindesanitätsdienstgesetz bzw. dem ärztlichen Berufsrecht.

Als Hilfestellung und zur Sicherstellung der Qualität der Totenbeschauen wurde seitens der Abteilung Gesundheitsrecht und Krankenanstalten basierend auf einem bereits in Verwendung stehenden Formular in Zusammenarbeit mit Ärzten/Ärztinnen ein entsprechendes Formblatt erarbeitet, welches auf der Homepage der Abteilung Gesundheitsrecht und Krankenanstalten zum Download zur Verfügung steht. Die Verwendung dieses Formulars ist jedoch weder in Form noch Inhalt verpflichtend, sondern liegt in der Eigenverantwortung des/der Totenbeschauers/-beschauerin. Weitere im Einzelfall notwendige Details sind selbstverständlich allenfalls zusätzlich zu dokumentieren.

Bis zur Durchführung der Totenbeschau ist die Leiche grundsätzlich am Sterbe- oder Fundort zu belassen. Vor Durchführung der Totenbeschau darf die Leiche nur unter den im § 30 Abs. 3 GSDG normierten Voraussetzungen, etwa in zwingenden Ausnahmefällen (z.B. Unglücksfällen, Naturkatastrophen, zur Wahrung schutzwürdiger Interessen, wie Sicherheit, Verkehr, Gesundheit oder Pietät) oder mit ausdrücklicher Zustimmung des/der Totenbeschauers/-beschauerin nach Feststellung des Todes durch diesen, vom Sterbe- oder Fundort weggebracht werden.

Für den Fall, dass der Totenbeschaubefund dem Bestattungsunternehmen nach Durchführung der Totenbeschau vor Ort nicht direkt ausgefolgt werden kann, ist deshalb zum Nachweis der durchgeführten Totenbeschau zur Verbringung der Leiche vom Sterbe- oder Fundort eine von dem/der Totenbeschauer/-beschauerin erstellte Bestätigung (**Bestätigung für die Verbringung der Leiche**) für das Bestattungsunternehmen bei der Leiche zu hinterlassen.

Darin wird bestätigt, dass die Totenbeschau stattgefunden hat. So soll der/die Totenbeschauer/-beschauerin in all jenen Fällen, in denen der Totenbeschaubefund (aus

welchen Gründen auch immer) noch nicht fertig gestellt ist und dem Bestattungsunternehmen daher noch nicht übergeben werden darf oder in denen der/die Totenbeschauer/-beschauerin das Bestattungsunternehmen nicht am Sterbeort antrifft, die Möglichkeit haben, eine unterzeichnete Bestätigung über die durchgeführte Totenbeschau bei der Leiche zu belassen.

Das Bestattungsunternehmen kann mit Hilfe dieser Bestätigung unter Einhaltung der gesetzlichen Bestimmungen die Leiche vom Sterbeort verbringen. Diese Bestätigung entbindet den/die Totenbeschauer/-beschauerin nicht, dem Bestattungsunternehmen ehestmöglich den Totenbeschaubefund nach Anfrage zu übermitteln. Sie ersetzt nicht den Totenbeschaubefund und stellt keine Freigabe zur Bestattung bzw. Kremierung dar.

Ein diesbezügliches Formular, welches die in der Verordnung festgelegten Mindestinhalte enthält, ist ebenfalls auf der Homepage der Abteilung Gesundheitsrecht und Krankenanstalten zu finden.

Im Zuge des Begutachtungsverfahrens hat sich gezeigt, dass offensichtlich nach wie vor Unklarheiten dahingehend vorhanden sind, in welchem Verhältnis der landesgesetzlich geregelte Totenbeschaubefund nach dem Gemeindesanitätsdienstgesetz zu den bundesgesetzlich verordneten **Formularen nach dem Personenstandsgesetz 2013 (PStG 2013)** - Formular Anlage 2 (Anzeige des Todes) und Formular Anlage 2a (Todesursache) der Personenstandsgesetz-Durchführungsverordnung 2013 (PStG-DV 2013) - steht.

Es handelt sich dabei um unterschiedliche Formulare, die unterschiedliche Zwecke bzw. Ziele verfolgen, und die strikt voneinander zu unterscheiden und unabhängig voneinander anzufertigen sind.

Die personenstandsrechtlichen Formblätter ersetzen den Totenbeschaubefund, dessen Anfertigung schon in der Stamfassung des Gemeindesanitätsdienstgesetzes aus 1952 festgeschrieben war (damals: „Totenbescheinigung“), somit nicht.

*Mag. Carina Mayr-Fürhapter
Abteilung Gesundheitsrecht und Krankenanstalten*

20.

Abgabenertragsanteile der Gemeinden April 2020

Ertragsanteile an	2019	2020	Veränderung	
			in Euro	in %
Einkommen- und Vermögensteuern				
Veranlagter Einkommensteuer	10.009.260	12.196.633	2.187.373	21,85
Lohnsteuer	21.709.714	23.256.819	1.547.105	7,13
Kapitalertragsteuer	1.097.923	1.129.286	31.363	2,86
Kapitalertragsteuer auf sonstige Erträge	480.408	683.265	202.857	42,23
Körperschaftsteuer	17.981.005	18.640.152	659.147	3,67
Abgeltungssteuern Schweiz	0	0	0	0,00
Abgeltungssteuern Liechtenstein	0	0	0	0,00
Erbschafts- und Schenkungssteuer	697	833	136	19,46
Stiftungseingangssteuer	26.236	4.780	-21.456	-81,78
Bodenwertabgabe	133.138	125.325	-7.813	-5,87
Stabilitätsabgabe	206.725	197.961	-8.764	-4,24
Summe Einkommen- und Vermögensteuern	51.645.107	56.235.053	4.589.947	8,89
Sonstige Steuern				
Umsatzsteuer	22.746.917	26.070.482	3.323.564	14,61
Tabaksteuer	1.465.614	1.385.032	-80.581	-5,50
Biersteuer	51.088	50.910	-178	-0,35
Mineralölsteuer	2.053.950	2.103.656	49.706	2,42
Alkoholsteuer	155.996	152.665	-3.332	-2,14
Schaumweinsteuer	31.452	20.825	-10.627	-33,79
Kapitalverkehrssteuern	6	2.982	2.976	48551,84
Werbeabgabe	91.115	95.365	4.251	4,67
Energieabgabe	558.353	960.886	402.533	72,09
Normverbrauchsabgabe	366.928	359.538	-7.391	-2,01
Flugabgabe	56.437	59.661	3.225	5,71
Grunderwerbsteuer	9.798.419	13.257.533	3.459.114	35,30
Versicherungssteuer	937.444	941.425	3.981	0,42
Motorbezogene Versicherungssteuer	1.707.148	1.855.717	148.569	8,70
KFZ-Steuer	120.658	120.894	235	0,20
Konzessionsabgabe	190.545	202.104	11.559	6,07
Summe sonstige Steuern	40.332.070	47.639.674	7.307.605	18,12
Kunstförderungsbeitrag	0	0	0	0,00
Gesamtsumme	91.977.176	103.874.728	11.897.551	12,94

21.

Abgabenertragsanteile der Gemeinden Jänner bis April 2020

Ertragsanteile an	2019	2020	Veränderung	
			in Euro	in %
Einkommen- und Vermögensteuern				
Veranlagter Einkommensteuer	24.015.658	30.137.500	6.121.842	25,49
Lohnsteuer	98.389.789	102.397.368	4.007.579	4,07
Kapitalertragsteuer	6.155.958	6.273.871	117.912	1,92
Kapitalertragsteuer auf sonstige Erträge	2.222.348	2.168.370	-53.977	-2,43
Körperschaftsteuer	40.149.526	41.899.552	1.750.026	4,36
Abgeltungssteuern Schweiz	-16	0	16	100,00
Abgeltungssteuern Liechtenstein	0	0	0	0,00
Erbschafts- und Schenkungssteuer	6.201	1.367	-4.835	-77,96
Stiftungseingangssteuer	71.509	33.894	-37.615	-52,60
Bodenwertabgabe	320.141	271.634	-48.507	-15,15
Stabilitätsabgabe	383.095	417.590	34.495	9,00
Su. Einkommen- und Vermögensteuern	171.714.210	183.601.146	11.886.936	6,92
Sonstige Steuern				
Umsatzsteuer	85.550.968	93.267.729	7.716.761	9,02
Tabaksteuer	6.288.830	6.137.487	-151.343	-2,41
Biersteuer	606.834	515.555	-91.279	-15,04
Mineralölsteuer	13.514.701	13.161.223	-353.478	-2,62
Alkoholsteuer	609.925	585.183	-24.743	-4,06
Schaumweinsteuer	89.500	74.653	-14.847	-16,59
Kapitalverkehrsteuern	1.577	11.308	9.731	617,11
Werbeabgabe	423.359	416.263	-7.096	-1,68
Energieabgabe	3.654.890	3.676.225	21.335	0,58
Normverbrauchsabgabe	1.432.540	1.591.279	158.739	11,08
Flugabgabe	227.178	240.797	13.618	5,99
Grunderwerbsteuer	41.175.064	48.042.240	6.867.177	16,68
Versicherungssteuer	3.498.601	3.654.756	156.155	4,46
Motorbezogene Versicherungssteuer	5.742.711	5.811.294	68.583	1,19
KFZ-Steuer	262.295	262.894	600	0,23
Konzessionsabgabe	1.117.907	1.013.051	-104.856	-9,38
Summe sonstige Steuern	164.196.880	178.461.937	14.265.057	8,69
Kunstförderungsbeitrag	44.407	44.879	473	1,06
Gesamtsumme	335.955.497	362.107.963	26.152.466	7,78
Zwischenabrechnung	7.337.103	-1.273.726	-8.610.829	-117,36
Gesamtsumme inkl. Zwischenabrechnung	343.292.600	360.834.237	17.541.637	5,11

VERBRAUCHERPREISINDEX		
FÜR FEBRUAR 2020		
(endgültiges Ergebnis)		
	Jänner 2020	Februar 2020
	(endgültig)	(endgültig)
Index der Verbraucherpreise 2015		
Basis: Durchschnitt 2015 = 100	107,6	107,8
Index der Verbraucherpreise 2010		
Basis: Durchschnitt 2010 = 100	119,1	119,3
Index der Verbraucherpreise 2005		
Basis: Durchschnitt 2005 = 100	130,4	130,7
Index der Verbraucherpreise 2000		
Basis: Durchschnitt 2000 = 100	144,2	144,5
Index der Verbraucherpreise 96		
Basis: Durchschnitt 1996 = 100	151,7	152,0
Index der Verbraucherpreise 86		
Basis: Durchschnitt 1986 = 100	198,4	198,8
Index der Verbraucherpreise 76		
Basis: Durchschnitt 1976 = 100	308,4	309,0
Index der Verbraucherpreise 66		
Basis: Durchschnitt 1966 = 100	541,2	542,2
Index der Verbraucherpreise I		
Basis: Durchschnitt 1958 = 100	689,6	690,9
Index der Verbraucherpreise II		
Basis: Durchschnitt 1958 = 100	691,9	693,2
<p>Der Index der Verbraucherpreise 2015 (Basis: Jahresdurchschnitt 2015 = 100) für den Kalendermonat Februar 2020 beträgt 107,8 (endgültige Zahl) und ist somit gegenüber dem Stand für den Vormonat Jänner 2020 um 0,2 Punkte gestiegen (Jänner 2020 gegenüber Dezember 2019 - 0,5 Punkte). Gegenüber Februar 2019 ergibt sich eine Steigerung um 2,3 Punkte (+ 2,2 %), für Jänner 2020/2019 um 2,1 Punkte (+ 2,0 %).</p>		

MEDIENINHABER (VERLEGER):

Amt der Tiroler Landesregierung,

Abteilung Gemeinden,

6010 Innsbruck, Tel. 0512/508-2370

www.tirol.gv.at/merkblatt-gemeinden

Für den Inhalt verantwortlich: Mag. Christine Salcher

Offenlegung gemäß § 5 Mediengesetz: Medieninhaber Land Tirol

Erklärung über die grundlegende Richtung: Information der Gemeinden

Druck: Eigendruck